

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Werkeltage: Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine  
(Ersch.-Büro).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanw. 25 Pf., Familienanw. 15 Pf.,  
Vereinsanw. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 62.

Berlin, Sonnabend, 5. August 1911.

Dreizehnter Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Das Problem der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung. — Die Resolution des Zentralrats. — 9. Delegiertentag des Gewerksvereins der Konditoren. Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

## Das Problem der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung.

Im September tritt der deutsche Städtetag in Boien zusammen, um unter anderen wichtigen Fragen sich auch mit der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen. Das Beste auf diesem Gebiete haben bisher die Arbeiterberufsvereine selbst geleistet, allen voran unsere Deutschen Gewerksvereine, die neben dem Bundesverband zuerst die Arbeitslosenunterstützung für ihre Mitglieder einführten. Lange Zeit sind wir dieses „Kollisionsmittels“ wegen verhöhnt worden, bis die Macht der Lattaden auch die gewerkschaftlichen Organisationen sozialdemokratischer Richtung zwang, dem Beispiele der Gewerksvereine zu folgen. In den letzten Jahren haben sich sowohl die Literatur wie auch die Parlamente viel mit der Frage befaßt, ob nicht auch die Öffentlichkeit an dieser Arbeitslosenunterstützung teilzunehmen habe, wie dies bei der übrigen Arbeiterversicherung bereits geschehe. Für unverschuldete Arbeitslosigkeit dürfe man den Arbeiter nicht leiden lassen.

In Deutschland hat dann zuerst die Stadt Köln eine Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter errichtet. Dieser Kasse traten im wesentlichen nur Arbeiter bei, die mit Wahrscheinlichkeit im Winter der Arbeitslosenhilfe bedürftig. Der größere Teil der Mitglieder gehörte den Baubauern an. Nach dem letzten Jahresbericht empfingen 82,9 Prozent aller Mitglieder Unterstützung im Gesamtbetrage von 61 934 Mark, während an Beiträgen der Versicherten nur eingegangen waren 26 439 Mark. Die Stadt Köln selbst leistete hierzu einen Beitrag von 20 000 Mark. In Leipzig wurde eine Arbeitslosenunterstützungskasse errichtet, die von der Gemeinde nur die Büroräume mietfrei zur Verfügung gestellt bekam. Die Kasse hat es nur auf 227 Versicherte bringen können, die an 38 Arbeitslose 1249 Mark Unterstützung zahlte und an Beiträgen 1143 Mark erhoben hatte. Straßburg und ihre Nachbargemeinden Schiltshausen, Mülhausen, Freiburg in Baden und Schöneberg bei Berlin haben die Arbeitslosenunterstützung nach dem Center System eingeführt. Die genannten Städte und Orte haben aber für die Unterstützung nur ganz geringe Summen in den Etat eingestellt. Straßburg zum Beispiel nur 5000 Mark und Schöneberg nur 15 000. Die Stadt Mannheim hat ebenfalls 5000 Mark für 1911 in ihr Budget eingestellt. Es wird aber nur solchen Arbeitern oder Arbeiterinnen Unterstützung gewährt, die, abgesehen davon, daß sie ein Jahr in der Stadt ihren Wohnsitz haben müssen, ein Sparbuch haben bei der Sparkasse durch allmähliche Einzahlungen von wenigstens einer Mark sich haben anlegen können. Die Hälfte dessen, was der Arbeitslose von seinem Sparbuch bei Arbeitslosigkeit vom vierten Tag an abbott, soll ihm an Unterstützung gewährt werden. Auf den Tag darf nicht mehr als 75 Pfg. entfallen und die Gesamtunterstützung soll 30 Mark nicht übersteigen. Beträgt die Spareinlage, die nicht höher als 60 Mark sein darf, weniger als 60 Mark, nehmen wir an 40 Mark, so darf die städtische Unterstützung hiervon nur die Hälfte, also 20 Mark für das Jahr betragen. Wer mehr als 1800 Mark Einkommen hat, darf die Unterstützung überhaupt nicht in Anspruch nehmen.

Vorübergehende Arbeitslosenunterstützung in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes 1908/09 haben eine Reihe von Städten, wie München, Mainz u. a. gewährt.

Das einzig brauchbare System der kommunalen Beihilfe zur Arbeitslosenversicherung ist das Center System der städtischen Zuschüsse an die von den Arbeiterberufsvereinen unterstützten Arbeitslosen. Gegen dieses System werden Einwendungen gemacht, die in der Hauptsache politischer und wirtschaftspolitischer Natur sind. Ein praktischer Einwand geht dahin, daß man doch nur diejenigen Arbeitslosen aus allgemeinen Mitteln unterstützen dürfe, die nicht für sich selber gesorgt hätten durch den Anschluß an eine Organisation und dann ohne jede Hilfe seien. Die Stadt Mannheim hat in diesem Sinne ihre Sparunterstützung auf die unorganisierten Arbeiter beschränkt.

Es könnte sehr wohl erörtert werden, ob nicht das Mannheimer System dem Center System angegliedert werden könnte. Die Unterstützung der organisierten Arbeiter wäre nach dem Center System vorzunehmen und die Unterstützung der unorganisierten Arbeiter nach dem Mannheimer System.

Die prinzipiellen politischen und wirtschaftspolitischen Einwände gehen davon aus, daß die gewerkschaftliche Bewegung durch das Center System aus öffentlichen Mitteln begünstigt und gefördert werde. Diese Begünstigung komme den größeren Gewerkschaften stärker zugute, als den kleineren. Da die größten Gewerkschaften sozialdemokratischer Richtung sind, hat man in den Städten erst recht Bedenken, allgemeine Mittel zur Unterstützung der organisierten Arbeitslosen aufzubringen. Wir können diesen Einwand nicht gelten lassen. Die unverschuldete Arbeitslosigkeit ist von den Arbeitslosen selbst nicht oder wenigstens doch nicht allein zu verantworten. Die Verantwortung hierfür hat das Wirtschaftssystem zu tragen. Für die aus der Arbeitslosigkeit entstehende Not gibt es in dem Charakter der Hilfsbedürftigkeit keinen Unterschied, der beruht auf der Verschiedenheit der politischen Gesinnung.

Bisher haben die Berufsverbände die Arbeitslosenversicherung erfolgreich durchführen können. Die Frage wäre mit einem Mal gelöst, wenn alle Arbeiter in eine ihnen zugehörige Organisation mit Arbeitslosenunterstützung eintreten wollten. Das ist leider noch nicht zu erreichen. Aber damit wäre die Öffentlichkeit noch nicht der Pflicht enthoben, bei der Unterstützung der Arbeitslosen mitzuwirken. Der Arbeiter muß auch in der Zeit der Arbeitslosigkeit leben, um sich für die Wiederbeschäftigung bereit zu halten. Handel, Industrie und Gewerbe haben natürlich ein Interesse daran, benötigte Arbeiter sofort einstellen zu können. Aber kein Betrieb verpflichtet sich, den angenommenen Arbeiter dauernd zu beschäftigen. Wenn es dem Betriebsinteresse nützlich erscheint, wird der Arbeiter entlassen, ohne daß der bisherige Nutznießer der Arbeitskraft irgend welche weiteren Verpflichtungen gegen den Arbeiter hätte. Dem einzelnen Unternehmer kann hier eine Verpflichtung allerdings nicht auferlegt werden. Wie in der Unfallversicherung das Risiko der einzelnen auf die Gesamtheit der Unternehmer übertragen wird, so muß auch die Arbeitslosenhilfespflicht auf die Gesamtheit der Bürger gelegt werden. Der Deutsche Städtetag wird daher die Frage ernstlich prüfen müssen, nicht ob, sondern in welcher Weise die Gemeinden an der Unterstützung Arbeitsloser sich beteiligen können. K. G.

## Die Resolution des Zentralrats

zur Marokkofrage hat viel Beachtung in der deutschen Presse gefunden. Etliche Blätter greifen uns an. Der „Vorwärts“ z. B. wirft uns aus ihrem Anlaß Halbheit vor. Wenn wir ernstlich den Völkerrfrieden wollten, so müßten wir vor allen Dingen auch dem militärischen und marinerischen Militen, sowie der konfliktswangeren Kolonialpolitik energisch und konsequent entgegenzutreten. Für die kapitalistische Weltpolitik gebe es keine ethischen Sentiments, für sie gelte nur das Recht des Stärkeren. Wenn der „schwerfällige Strich-Dunderliche Generalrat“ sich zu einer solchen Erklärung aber gezwungen sehe, so beweiße dies, wie groß die Erbitterung der Arbeiter gegen den Konfliktführer sei.

Der „Vorwärts“ beachtet nicht, daß die Gewerksvereine keine politische Partei sind, deren Aufgabe es sein könnte für oder gegen den Militarismus usw. Stellung zu nehmen. Das sozialdemokratische Zentralorgan ist aber ungenügend genug, den Rüstungsminister Wasser auf die Mühle zu leiten, weil er ihnen zugestimmt, daß allein die Macht entscheide, indem in der kapitalistischen Weltpolitik es keine ethischen Sentiments sondern nur ein Recht des Stärkeren gebe.

Vom Standpunkt unserer Organisation können wir eben nur die sittlichen und ethischen Momente geltend machen. Das haben wir zu allen Zeiten getan, ganz unabhängig von den Stimmungen, die in der Sozialdemokratie bestehen.

Die „Deutsche Zeitung“ knüpft an den Abdruck unserer Resolution die Bemerkung, daß sie es „einigermaßen in Zweifel ziehen möchte, ob es Deutschlands glänzendster Ruhm sei, vierzig Jahre den Frieden gehalten zu haben.“ Darüber sollte unseres Erachtens ein Zweifel nicht möglich sein. Aus dem Frieden resultieren auch die anderen Großtaten deutscher Kulturentwicklung. Wäre unser Volk in diesen vierzig Jahren in Kriegen verwickelt gewesen, so hätte es Opfer an Gut und Blut und auch an Kultur bringen müssen. Also erscheint es uns doch als der glänzendste Ruhm Deutschlands, daß es bestimmend mit hat helfen können, den Frieden zu erhalten.

Der „Reichsbote“ läßt den alten Ben Afiba wieder aufleben, der mit der Resolution des Zentralrats Lügen gestraft worden sei. Denn das sei noch nicht dagewesen, daß „eine Arbeiterorganisation sich anmache, in der Beschlüsse der Regierungen der europäischen Großmächte hineinzureden, ihnen mit der Begründung Vorschriften zu machen, daß die organisierten Arbeiter von Deutschland und Frankreich und England den Frieden wollen und es nicht dulden würden usw.“ Das fromme Blatt läßt sich hier gleich eine kleine Fälschung zuschulden kommen. In unserer Resolution heißt es, daß die organisierten Arbeiter aller in unserer Erklärung genannten Kulturvölker den Frieden wollen und es nicht billig an würden, wenn Marokkos halber ein Appell an die Waffen und damit ein blutiges Vernichten ungezählter blühender Menschenleben erfolgte. Gatten wir erklärt, daß die organisierten Arbeiter einen Krieg nicht dulden würden, so hätten wir allerdings damit gesagt, daß die Arbeiter einen Krieg gewalttätig verhindern würden. Etwas „nicht billigen“ hat doch einen erheblich anderen Sinn als etwas „nicht dulden“.

Eine Ungezogenheit ältester Art aber ist es von dem „Reichsbote“, wenn er meint, es müßte weit mit Deutschland oder Frankreich oder England gekommen sein, wenn die Entscheidung über Staatnotwendigkeiten in den Händen der Arbeiter läge, wenn die Kreise über die nationale Ehre befinden sollten, die für die Plage der wirklichen

Vaterlandsliebe bisher keine Zeit übrig gehabt haben, obwohl sie sich „nationalgeföhnt“ nennen.“ Armer Reichsbote! Wir glauben mehr für die aufrichtige Vaterlandsliebe in der deutschen Arbeiterschaft getan zu haben, als die ganze konservative Presse, die mit samt ihrer Partei in erheblichem Maße Schuld daran trägt, daß die Massen demokratischen Gedanken noch vielfach fremd gegenüberstehen. Die weitere dumme Bemerkung des Blattes, daß die Sirich-Dunderichen zwar gerade nicht Sozialdemokraten seien, sich aber in politischer Beziehung zum Fortschritt hielten hätten und zwischen Fortschritt und Sozialdemokratie ein Unterschied kaum noch bestehe, verdient keine Widerlegung. Außerdem sind wir nicht die Fortschrittspartei, sondern wir sind, wie der „Reichsbote“ sehr wohl weiß, eine völlig unabhängige Organisation. Das aber möchten wir dem „Reichsboten“ sagen, daß es die Fortschrittspartei war, die im Gegensatz zur konservativen Partei und aus echtem deutschen Patriotismus die deutsche Einheit zuerst aufbaute. Die Schergen der konservativen Regierung aber verfolgten Fortschrittmänner, die für ein Deutsches Reich mit Preußen an der Spitze in Wort und Schrift eintraten. Und Fortschrittmänner waren es, die für die Bildung einer starken Flotte eintraten, als diese ein so schmähliches Ende à conto der Konservativen genommen hatte. Am 2. Oktober 1861 trat Schuler-Delbisch mit einem Aufruf an die deutschen Genossenschaften zu Beiträgen für die deutsche Flotte ein.

Auch was sonst in dem Blatte behauptet wird, z. B. daß die Fortschrittspartei und die „Arbeiterpartei“ bis auf den heutigen Tag jedes Bataillon und jedes Kriegsschiff bekämpfte, das Deutschland zur Erhaltung seiner Weltmachtstellung haben müsse, ist eine bewährte Unwahrheit.

Das konservative Organ mag ein politisches Interesse daran haben, die Sache so darzustellen, als sei der Unterschied zwischen Fortschrittspartei und Sozialdemokratie verwischt. Es wird Sache der fortschrittlichen Organe sein, dem „Reichsboten“ eines besseren zu belehren, wenn sie das der Mühe für wert halten. Wenn jedoch das reaktionäre Blatt noch erklärt, daß die organisierten Arbeiter „nichts zu wollen hätten“, da es bisher glücklicherweise noch immer gelungen sei, „ihnen den Willen der legitimierten Machthaber aufzuzwingen“, so vertritt es damit nur, daß es die Volksseele und ihr Recht nicht versteht. Keine Nation, auch die stärkste nicht, würde einen Krieg machen können, der im Volke unpopulär wäre. Nur der Krieg könnte ruhmvoll werden für eine Nation, der getragen würde von der Begeisterung des ganzen Volkes.

Unsere Auffassung wird geteilt von den Vätern in allen Völkern. Die interparlamentarische Bewegung hat den Schiedsgerichtshof im Haag herbeiführen helfen und hat die Stimmung dafür herbeiführen helfen, daß in mehr als 200 Fällen seit 1871 kriegerische Konflikte durch friedlichen Vertrag ohne jedes Blutvergießen ausgelöst werden konnten. Inzwischen haben allerdings manche Leute, die der Richtung des „Reichsboten“ nahestehen, den Krieg gewollt und an einer chauvinistischen Presse hat es auch bei uns in Deutschland nicht gefehlt. Wäre es jenen oder dieser möglich gewesen, die Kriegslust auf das Volk zu übertragen, dann wäre es längst wieder zu Kriegen gekommen. Wir sind stolz darauf, in den Reihen derjenigen zu stehen, die sich ernstlich bemühen, dem Frieden zu dienen! Die chauvinistische Presse einschließlich „Reichsbote“, wird uns diese Stellung auch für die Zukunft nicht zu verleiden vermögen. Aus aufrichtiger Vaterlandsliebe dienen wir dem Frieden. Wir haben hierfür weder den Beifall der Konservativen noch der sozialistischen Presse erwartet.

Ein Vob von einer dieser beiden Seiten hätte uns die Frage vorlegen müssen, ob wir uns noch auf dem richtigen Wege befänden. K. G.

**9. Delegiertentag  
des Gewervereins der Konditoren.**  
(Schluß)

Den Kassenbericht erstattete der Hauptkassierer Kapin. Am meisten belastet die Arbeitslosenunterstützung die Kasse. Der Gewerbeverein hat aber jeder Zeit seinen im Statut festgesetzten Verpflichtungen entsprechen können. Es müssen jedoch in Zukunft mehr Mittel für die Durchführung von Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse referiert und aufgebracht werden. Die Schaffung besserer Arbeitsverhältnisse müsse das Hauptziel des Gewervereins sein und bleiben. Ohne Kampf sei dies nicht immer möglich. Zum Kriegsjahre gehört Geld, deshalb müssen die Mitglieder zur größeren Opferwilligkeit erzoogen werden. Auch an diesen Bericht knüpfte sich eine eingehende Debatte.

Die Anträge zum Statut brachte die Einführung von Staffelbeiträgen.

Die Beiträge wurden auf 25 und 35 Bfg. pro Woche festgesetzt. An Arbeitslosenunterstützung soll in Zukunft geahndet werden: Bei einem Beitrag von 25 Bfg. bei 5wöchentlicher Mitgliedschaft 5 Mark pro Woche, bei 15wöchentlicher Mitgliedschaft 6,50 Mark und bei 26wöchentlicher Mitgliedschaft 7 Mark. Zu der 35 Bfg.-Stufe erhoben sich die Leistungen auf 6 Mark, 7,50 Mark und 9 Mark. Die Unterstützungsdauer ist beibehalten worden. Die Unterstützung für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder wurde gleichfalls geregelt. Die Regelung der Mähregelungs- und Streifenunterstützung bleibt dem Hauptvorstand überlassen. Die Ausdehnung des Arbeitsgebiets des Gewervereins auf das Vädergewerbe soll noch äußerlich zum Ausdruck kommen. Der Name des Gewervereins lautet in Zukunft: Gewerbeverein der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufe. Die Aufnahme von Mitgliedern anderer Organisationen wurde gleichfalls geregelt. Die Frage der Presse zeitigte eine Ausprache mit dem Endresultat, daß das Verbandsorgan „Der Gewerbeverein“ den Mitgliedern frei zugestellt werden soll. Die Schaffung einer eigenen Zeitung soll im Auge behalten werden. Einige kleinere Änderungen des Statuts fanden gleichfalls die Zustimmung der Delegierten.

Die Frage der Agitation unter besonderer Berücksichtigung der Gewinnung der weiblichen Berufsarbeiter wurde im Hinblick auf die Statutenberatung gleichfalls behandelt. Auch in den Großbetrieben der Konfitürenbranche nimmt die Zahl der weiblichen Arbeiter immer mehr zu. Die geringe Bezahlung derselben drückt auch auf die Löhne der männlichen Arbeiter. Einzelne Betriebe zahlen richtige Hungerlöhne an die Arbeiterinnen. Dort müsse angefaßt werden. Die Frau müsse für die Organisation gewonnen werden. Die Erziehung aller Mitglieder zu überzeugungstreuen Mitgliedern der Organisation ist dringend notwendig. Der Terrorismus der Gegner findet in der Überzeugungstreue einen wirksamen Widerstand. Auch die Kleinarbeit dürfe neben der großzügigen Agitation nicht zu kurz kommen. Die Agitation in den einzelnen Landesgebieten, die mit Hilfe der Ortsverbände vorgenommen werden soll, wurde eingehend beraten und volle Einmütigkeit in dieser Frage erzielt.

Ueber die Stellenvermittlung referierten die Kollegen Rudolph und Kapin. Der erstere Redner ging hauptsächlich auf die varitätlichen Arbeitsnachweise ein, die größtenteils unter dem Einfluß der Gewerkschaften stehen. Der Verbandstag der Gewervereine habe deshalb auch die Einrichtung kommunaler Arbeitsnachweise auf varitätlicher Grundlage gefordert. Zu den jetzt bestehenden inogannanten varitätlichen Nachweisen können die Gewervereine kein Vertrauen haben. Die Einrichtung eigener Stellenvermittlungen sei deshalb notwendig. Alle Vereine müssen diese Frage ventilieren. Ein gut funktionierender Arbeitsnachweis schließt und fördert die Interessen der Mitglieder. Der zweite Redner behandelt die praktische Seite der Stellenvermittlung und die Erlöse, die durch solche errungen wurden. Die Stellenvermittlung muß örtlich durchgeführt werden. Der Hauptvorstand wird die Arbeitsnachweissele zu zentraler Zusammenwirkung bringen. Die praktischen Erfahrungen in der Stellenvermittlung wurden eingehend in der Diskussion besprochen. Die süddeutschen Vereine haben mit der Stellenvermittlung gute Erfahrungen gemacht.

Die führenden Beamten des Gewervereins wurden einstimmig wiedergewählt, und zwar als 1. Vorsitzender des Hauptvorstandes Scheffler, als 2. Vorsitzender Lorenz, als Hauptschriftführer Rudolph und als Hauptkassierer Kapin. Als Beisitzer werden fungieren die Kollegen Schmotte und Johannes, als Hauptrevisoren Dürr und Ried. Zu auswärtigen Hauptvorstandsmitgliedern wurden gewählt die Kollegen: Bateki, Zutsche und Töber-Thorn. Müller und Schroth-Magdeburg, Drewh und Klein-Frankfurt a. M., Ander-Offenbach, Michel-Wad Raubheim, Sprinaer-Gomburg b. S., Säfener-Sanau und Riedel-Keipzig.

In einer Schlußansprache faßten der Vorsitzende Kollege Scheffler und der Vertreter des Verbandes Verbandssekretär Rüst die Beratungen nochmals kurz zusammen und verpflichteten die Delegierten zur ausführlichen Berichterstattung in den Ortsvereinen und zur Vertretung der gefassten Beschlüsse. Dem Vertreter des Verbandes wurde für seine fleißige Mitarbeit besonderer Dank zum Ausdruck gebracht. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Gewerbevereinsbewegung konnte der Delegiertentag noch um 7<sup>1/2</sup> Uhr abends geschlossen werden. Trotz der großen Hitze wurden die Verhandlungen nur durch eine einmündige Mittagspause unterbrochen. Der Blidtheifer der Delegierten

machte eine schnelle und doch gründliche Erlebigung der Tagesordnung möglich. Zu voller Einmütigkeit wurden die Beschlüsse gefaßt und werden deshalb auch die volle Zustimmung der Mitglieder finden.

Eine Begrüßungsfeier im „Weißen Saale“ des Verbandshauses, welche die Berliner Kollegen in würdiger einfacher Weise arrangiert hatten, hielt die Delegierten und die Mitglieder noch eine ganze Zeit zusammen. Die Feier gab den Beratungen einen guten Abschluß.

Der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren hat sich in der letzten Zeit recht gut entwickelt. Eine ganze Reihe neuer Ortsvereine konnte gegründet, eine große Zahl neuer Mitglieder dem Gewerbeverein zugeführt werden. Der Delegiertentag hat eine weitere Grundlage für die Stärkung des Vereins geschaffen. Die Begeisterung und die unermüdbliche Arbeit der Mitglieder wird unter tatkräftiger Unterstützung aller Verbandsgenossen im Reich hoffentlich den Gewerbeverein zu einer recht günstigen Entwicklung bringen.

**Allgemeine Rundschau.**

Freitag, den 4. August 1911.

Der Gewerbeverein der Deutschen Schneider und verwandter Berufsgegnossen hält seinen XII. Delegiertentag am Sonntag, den 6. August 1911 und den folgenden Tagen in Berlin in unserem Verbands Hause ab. Die Vorversammlung findet statt am Nachmittag um 4 Uhr. Die Hauptverhandlungen beginnen am Montag, den 7. August, morgens 9 Uhr. Den Tätigkeitsbericht erstattet Hauptschriftführer Schwerdtfeger. Ueber die Vobebewegungen referiert der Vorsitzende Paul Krüger, den Kassenbericht erstattet der Hauptkassierer Lütjke. Auf der Tagesordnung stehen ferner noch u. a. ein Referat des Vorsitzenden Krüger über „Unter Verhältnissen mit dem Arbeitgeberverband“ und ein Referat des Redners über „Stellungnahme zum Sausarbeitsgebe“. Die Vertretung der Verbandsleitung hat der Verbandskassierer Klein übernommen.

Wir wünschen dem Delegiertentag der Schneider, wie auch dem zur selben Zeit in Banne tagenden Delegiertentag der Bergarbeiter, auf den wir schon hingewiesen haben, einen glücklichen Verlauf und hoffen, daß die Beratungen der beiden Hauptversammlungen die Sache der Deutschen Gewerbevereine wirksam fördern helfen.

Der Zentralrat nahm in seiner gestrigen Sitzung Stellung zu dem Vorgange in der Berliner „Volkszeitung“. Einmütig wurde folgende Erklärung angenommen:

„Nachdem die Berliner „Volkszeitung“ auf die Forderung des Gewerbevereins Nr. 50 nicht geantwortet hat, nimmt der Zentralrat der Deutschen Gewerbevereine an, daß sich die Inzeraturredaktion der Berliner „Volkszeitung“ tatsächlich um Streiftbrochenerisrate dieht bemorben hat. Da die Berliner „Volkszeitung“ den Wortlaut des in Frage stehenden Telephongesprächs mit Gomburg nicht veröffentlicht und auf die Angriffe des „Vorwärts“ der Öffentlichkeit keine Klarheit gegeben hat, so darf als feststehend angenommen werden, daß in jenem Telephongespräch eine Gerabwürdigung der Deutschen Gewerbevereine verfaßt worden ist. Da ferner in letzter Zeit mehrfach unbedeutende Angriffe auf die Deutschen Gewerbevereine in der Berliner „Volkszeitung“ erfolgten, Einfindungen zur Verteidigung der Gewerbevereinsache von der Redaktion als tendenziös abgelehnt wurden und die „Volkszeitung“ sich um Streiftbrochenerisrate bemüht und mit Kenntnis des Sachverhalts abgedruckt hat, so erklärt der Zentralrat, daß diese Zeitung nicht mehr als Förderin der Gewerbevereinsache und der Arbeiterinteressen gelten kann.“

Ein weiterer Antrag aus der Mitte des Zentralrats forderte eine Zusammenberufung sämtlicher Berliner Gewerbevereinsbeamten, um zu vorliegenden Gegenstände gleichfalls Stellung zu nehmen. Dieser und ein weiterer Antrag, betreffend eine Verbandsversammlung wurden dem geschäftsführenden Ausschuß überwiesen.

Der Zentralrat beschloß sich ferner mit der Förderung des neu beigetretenen Deutschen Kaufmännischen Verbandes. Alle in dieser Beziehung gemachten Vordräge wurden zur weiteren Prüfung und Durchsührung dem geschäftsführenden Ausschuß überwiesen.

Ein englischer Arbeitgeber über Arbeiterorganisationen. Der Textilarbeiterstreik in Manchester gab dem Präsidenten des Arbeitgeberverbandes der Baumwollspinner, Sir El-Racara, Veranlassung, darauf hinzuweisen, wie notwendig die starke Organisation von Arbeitgebern und Arbeitern sei, wenn solche industriellen Kriegen in Zukunft verhindert werden sollen. „Das sollte es einfach nicht geben“, sagte Sir Charles, „daß die beiden Parteien sich weigern, miteinander zu verhandeln, wenn Differenzen aufstehen. Beide müssen so stark organisiert sein, daß sie nicht nur Verträge abschließen



ben, sondern auch für ihre Mitglieder bindend machen können. Solch ein System ist für Kapital wie für Arbeit ein unumgängliches Erfordernis. Das unorganisierte Kapital mag eine Chance haben, besonders wenn die Arbeit ebenfalls schlecht organisiert ist, aber unorganisierte Art hat wenig Hoffnung, eine dauernde Erfüllung ihrer Wünsche zu erlangen." Sir Charles gab dann einem Pressevertreter gegenüber, wie auch in einem Briefe an den Oberbürgermeister (Vord Mayor) von Manchester der Ueberzeugung Ausdruck, daß es notwendig sei, ein besonderes Staatsdepartement zu schaffen, dem alle industriellen Streitfragen, wenn sie nicht vorher beigelegt werden konnten, vorgelegt werden sollen, ehe ein Streik oder eine Aussperrung verhängt wird. Die erfolgreiche Tätigkeit Mr. Asquiths, des Leiters des Labour-Departements im Board of Trade (Abteilung für Arbeiterwesen im Handelsamt) zeigt, daß diesem Gedanken keine unüberwindlichen Hindernisse entgegenstehen. Die "Industrie-Richter" soll ein Beirat gestellt werden, aus Männern mit weitester Erfahrung, Arbeitgebern und Arbeitern bestehend. Die gegenseitige Abhängigkeit der einzelnen Industrien voneinander macht eine solche Friedenspolitik zu einer unabwiesbaren Notwendigkeit.

Der Vorschlag Sir Charles Macaras ist in den Kreisen der Lancashire-Industrie viel diskutiert. Der Vord Mayor von Manchester stimmt in seiner Antwort den Vorschlägen völlig zu und regt an, vielleicht die praktische Durchführbarkeit zunächst lokal zu versuchen und daß Manchester mit den Erfahrungen der letzten Wochen vor Augen hierbei die Führung übernehmen solle.

Am Anschluß hieran mag erwähnt werden, daß auch im Parlament vom Arbeiterabgeordneten Barons Premierminister gab zwar keine bindende Zusage, es scheint aber doch Grund zu der Annahme vorhanden, daß im Herbst irgendein Amendement zu dem Conciliation-Act (Einigungsgezet) von 1896 eingebracht wird. Dieses Gezet, das die Parteien bei industriellen Differenzen ermächtigt, das Handelsministerium zur Einleitung eines Schiedsrichters anrufen, hat einen von Jahr zu Jahr sich steigenden Erfolg gehabt. Die Höchstzahl der Applikationen wurde im Vorjahre mit 67 erreicht, unter denen sich die großen Streikfälle in der Grubenindustrie von Northumberland und Süd-Wales, in der Textilindustrie von Lancashire und Cheshire und im Schiffbau an der Nordostküste befanden. Auch der Streik in Manchester ist durch das Eingreifen des Labour-Departements beigelegt worden. Die neue Vorlage wird jedenfalls dem Departement die Möglichkeit bieten, ohne Anrufung durch die Parteien freiwillig Vermittlung anzubieten, wie dies in einer Anzahl Staaten der nordamerikanischen Union möglich ist. Für solche Streiks und Aussperrungen wäre die Einräumung derselben Befugnis an ein ständiges lokales Einigungsamt von großem Vorteil.

In Württemberg gibt es sowohl im Parlament wie in der Regierung lebhafteste Bestrebungen einer Vereinfachung des Eisenbahnwesens zu einer großen deutschen Eisenbahngemeinschaft. In der württembergischen Kammer trat bei Beratung des Etats der Verkehrsverwaltung der Berichterstatter, Herr v. Willwarth, für eine volle Finanzgemeinschaft im öffentlichen Verkehrswesen aller Staaten Deutschlands ein. Ministerpräsident Dr. v. Weizsäcker erklärte:

„Die Frage der Eisenbahngemeinschaft sei eine Sache, die man nicht einschleusen lassen dürfe. Bei den Bestrebungen Württembergs könne es sich nicht darum handeln, daß man sich die größeren Ueberhöhen, die die anderen Verwaltungen erzielen, zu eigen mache, sondern nur darum, an den Vorteilen, die ein ausgedehnter gemeinschaftlicher Betrieb notwendigerweise mit sich bringt, den entsprechenden Anteil zu haben. Der Minister kommt dann auf die bei der letzten Etatsberatung angenommene Erklärung zu sprechen und betont, daß auch die Regierung auf dem Standpunkt stehe, daß das Deutsche Reich nicht nur nach außen als ein einheitliches Verkehrsgebiet zu betrachten ist, sondern auch, daß die Grundzüge der Interessengemeinschaft mehr und mehr innerhalb der deutschen Verwaltungen zum Ausdruck kommen.“

Erzbischof v. Söhrenlohe-Altenburg erwartet von der Eisenbahngemeinschaft eine Steigerung des Verkehrs und der Einnahmen. Die Eisenbahn erhalte auch eine wichtige Aufgabe für die deutsche Wehrkraft, daher müsse das Reich vorangehen, zumal es ein Interesse daran habe, daß die Finanzen der einzelnen Bundesstaaten gute sind.

Der großzügige Gedanke hat viel für sich. Breiten ist eine Gemeinschaft für den Eisenbahnbetrieb mit dessen Eingetangenen und dies hat sich auch bewährt. Es ist aber kaum zu erwarten, daß die gegen-

wärtige preussische Parlamentsmehrheit sich dazu aufschwingen könnte, das Verkehrsministerium der Reichsverwaltung zu überlassen.

**Arbeiterbewegung.** In Darnen-Elberfeld und Bohnwinkel sind die Metallarbeiter in einen Lohnkampf eingetreten. Die drei Hauptrichtungen der Arbeiterorganisationen sind daran beteiligt. Die Arbeiter hatten zweimal Verhandlungen nachgesucht. Beim ersten Male erfolgte Ablehnung und beim zweiten Male überhaupt keine Antwort. Es sind im ganzen etwa 2000 Arbeiter ausständig. — In Augsburg hatten sich mehrere Soldaten des 3. Infanterie-Regiments, die sich im Ernterlaub befanden, als Arbeitswille in die betroffenen Schlosserwerkstätten begeben, um dort zu arbeiten. Die Arbeiter machten dem Kommandeur des Regiments davon Mitteilung, der dann die Soldaten vom Urlaub zurückrief. — In Ludwigshafen nimmt der Streik in der Nullinfabrik weiteren Umfang. Auf Beschluß einer Verammlung haben die bisher noch im Betriebe verbliebenen Arbeiter ebenfalls ihre Kündigung eingereicht. Wenn bis zum Ablauf der Kündigung eine Einigung nicht erzielt wird, dürfte der ganze Betrieb stillgelegt werden. In der Fabrik ist eine Gendarmeriewache von 60 Mann untergebracht. — In Granau bei Halle a. S. soll es zu einem Streik fravall gekommen sein, der sich gegen die betriebs Zementfabrik richtete, die mit Steinen beworfen wurde. Die Gendarmen riefen die Sallener Polizei zu Hilfe. — In einer Seidelfabrik der Seiden- und Druckerei waren acht Arbeiter entlassen worden, worauf die übrigen Arbeiter in den Ausstand eintraten. Der Arbeitgeberverband erklärt, daß die Entlassung infolge Arbeitsmangels erfolgt sei, was von den in den Streik getretenen Arbeitern bestritten wird. — In Siedelheim a. L. sind 400 Arbeiter der Schafledergewerke ausständig. Die Arbeitgeber erklären, daß sie bei der geringen Rentabilität der Gewerke die gestellten Forderungen nicht erfüllen könnten. — Auf dem Schwerk „Teutonia“ in Harburg waren die Arbeiter in einen Streik eingetreten, um die Entlassung des nichtsozialdemokratischen Portiers der Fabrik zu erzwingen. Der Betrieb ist aber fast völlig wieder beigelegt. Die Fabrikleitung erklärte, daß sie von den alten Leuten nur diejenigen wieder einstellen werde, die aus der sozialdemokratischen Organisation ausscheiden wollten. — In der Vanpensenfabrik von Salmter & Töbelmann ist die Hälfte der Arbeiter — etwa 200 — in den Ausstand getreten.

**Partei und Gewerkschaften sind eins,** hatte Bönelburg seinerzeit auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress gesagt. Jetzt aber bekennet der „Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, dessen Vorsitzender Bönelburg ist, daß der Widerspruch zwischen dem Abstand in der Praxis und dem größten Teil der sozialdemokratischen Publizistik aufzutaun habe und der gar keine Miene mache, wieder zu verschwinden, sondern im Gegenteil immer größer werde.

„Bei jeder neuauftauchenden Frage offenbart sich dieser Abstand. In diesem Falle zeigt sich, daß die letzten sechs bis acht Jahre der Entwicklung des Tarifwesens an dem Teile der Parteipresse, den wir hier im Auge haben, ganz spurlos vorübergegangen sind. Die Probleme, die mit dieser Entwicklung kamen, die uns in den Gewerkschaften auf die ernste beschäftigten, weil sie von weitreichenden Konsequenzen für das Wesen der Organisation sind, haben dort so gut wie gar keine Beachtung gefunden, sind sicher nicht auch nur annähernd gebührend gewürdigt worden. Man sieht dem Wesen des Tarifvertrags, besonders in seinen entwickeltesten Formen, mit sehr geringem Verständnis gegenüber, und was noch schlimmer ist, man will ausserdem auch nicht zum Verständnis dieser bedeutamen Erscheinungen kommen. Die skandalösen Mißereien einzelner Plätter sind zwar in ihrer Form Ausnahmen, aber der Geist, aus dem sie geboren sind, herrscht auch noch in mancher anderen Zeitung, die sich zwar in der Form weniger schroff ausdrückt, der aber ebenfalls die Kraft zum Erkennen der Notwendigkeit fehlt.“

Der „Grundstein“ überfließt hier, daß die Sozialdemokratie die Partei des dogmatischen Klassenkampfes ist und aus diesem Grunde den Tarifverträgen nicht freundlich gegenüber stehen kann. Sozialdemokratischer Klassenkampf und gewerkschaftlicher Tarifvertrag sind unvereinbare Begriffe. Es ist kein gutes Zeichen für die Bildung der sozialdemokratischen Massen, daß sie diesen tiefen inneren Widerspruch nicht erkennen! Denn trotz dieses inneren Widerspruches wird es nach wie vor heißen, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins seien.

**Die neue Republik Portugal** hat in ihrer konstituierenden Versammlung, wenn auch nur mit knapper Mehrheit, einen reaktionären Beschluß gefaßt. Mit 78 gegen 76 Stimmen hat sie den Paragraphen der Verfassung abgelehnt, durch den das Recht auf den Ausstand und die Aussperrung anerkannt wird. Wenn die republikanische Regierung sich dies gefallen läßt, dann haben die Arbeiter Portugals kein Streikrecht, wie es dann auch den Unternehmern verboten ist, Arbeiter auszusperrern. Gewiß haben zahlreiche Streiks, die zum Teil in der Republik durch feindselig gestimmte Streife angezettelt und gefördert wurden, starke Zustimmung erregt. Damit ist aber der Beschluß, das Streikrecht aufzuheben, keineswegs zu entschuldigen.

**Der amerikanische Ölstrikt** hat durch seine Operationen den Petroleumhandel ganz in seine Hände gebracht und ist so in der Lage, den Preis willkürlich zu diktieren. In den dreißigjährigen Jahren seines Bestehens hat sein Gründungskapital von 60 Millionen Dollar eine Milliarde Dollar Gewinn gebracht. Das ist ungefähr so viel, wie die Kriegsschadigung betrug, die Frankreich an Deutschland zu zahlen hatte. In Deutschland beschäftigt man sich daher nenerlich mit dem Gedanken, den Petroleumhandel staatlich zu monopolisieren. Dem Petroleummonopol wird nicht der heftige Widerstand entgegen gestellt, der seinerzeit das Tabakmonopol zu Fall brachte. Beim Tabakmonopol handelt es sich um den Schutz zahlreicher freier Handels- und Fabrikationsbetriebe, die in der Petroleumbranche nicht vorkommen. Das Spiritusmonopol sollte den Brauntweinbrennern eine neue und noch ausgiebigere Liebesgabe sichern, daher setzte auch hiergegen der Protest scharf ein. Es ist möglich und möglich ist, ein Petroleummonopol zu errichten, ist natürlich auch noch zweifelhaft, weil auch das staatliche Monopol von dem gewaltigen Vertrau in Amerika reagiert werden würde. Ausbeutungsfähige Petroleumquellen gibt es bisher nur in Amerika und Ausland. Der russische Truit würde uns nicht beher behandelt. Eine Verbilligung der Preise wäre durch das Petroleummonopol unter diesen Umständen nicht zu erzielen. Jedemfalls aber machte das Monopol einen neuen bedeutenden Beamtenapparat nötig. Im Interesse einer kraftvollen nationalen Entwicklung liegt es aber nicht, wenn im deutschen Volke das Element der freien Tätigkeit immer weiter eingeschränkt wird. Die amerikanische Geizgier hätte es zu verbieten suchen müssen, daß die Kapitalkonzentration in dieser unabweisbaren Weise vor sich geht. Der vorige sowie der jetzige Präsident der Vereinigten Staaten haben sich allerdings vergeblich bemüht, durch die Regierungsgewalt der Truitbildung erfolgreich entgegenzuwirken.

**Sozialdemokratische Koalitionsfreiheit!** Bei der Firma Krauf & Söhne, Dekorationsmalerei in Nürnberg, traten gestern früh sämtliche im sozialdemokratischen Malerverband organisierte Gehilfen in den Ausstand, um dadurch die Entlassung oder Uebertritt zweier im Siedel-Dunderischen Gewerke ein organisierten Gehilfen zu erzwingen.

Durch dringende Arbeiten in eine gewisse Zwangslage versetzt, hat die Firma nach einhaltigen Streik dem Willen der sozialdemokratischen Koalitionsbrüder entprochen und die beiden bei ihr jahrelang beschäftigten Gewerkevereiner entlassen.

Die Helden für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit können sich nun rühmen, zwei ehrliche Familienväter brotlos gemacht zu haben.

**Gewerkevereins-Teil.**

**8 Duisburg.** Erklärung. Durch die Presse geht gegenwärtig ein Bericht von der Tagung der evangelischen Arbeitervereine am 30. Juli in Dattingen, in dem unter anderem ausgesagt wird, daß die Arbeiter die gegen eine Unterjüngung der Dürch-Dunderischen Gewerkevereine polemisierten, keinerlei Widerpruch gefunden haben. Zur Klärung dieser Angelegenheit sei folgendes ausgeführt:

Auf der Tagung wurde dem Vorsitzenden der evangelischen Arbeitervereine Herrn Dr. Harzer Dr. Weber, von einem Delegierten der angeblich den christlichen Gewerkschaften angehörenden, ein von mir unterzeichnetes Gewerkevereinswahl-Anschreiben überreicht, das sich in scharfer Weise gegen die Kandidaten der christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Vereine bei der Gewerkevereinswahl in Weidenbach aussprach. Der Ueberreicher verriet es aber abichtlich dabei zu bemerken, daß das Anschreiben aus dem Jahre 1906 stammte, also 5 Jahre alt war. Mitthun dieser Zeit, wo die christlichen Gewerkschaften und Dürch-Dunderischen Gewerkevereine in äußerster scharfer Weise einander gegenüber standen. Gewerke sei, daß noch im Jahre 1905 das Zentrumorgan: „Aushorter Volkszeitung“ in ihren Spalten die christlichen Gewerkschaftsmitglieder zur Körperlichen Züchtigung beziehungsweise

Rückhandlung der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinsmitglieder aufforderte. Außerdem belieben die damaligen christlichen Gewerkschaftsführer gegen die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine eine beratige unseiner Kampfbühne, daß sich das klar gestaltete Flugblatt ohne weiteres verfestigte. Dies alles verschwiegen der Herrreicher des Flugblattes absichtlich um so den Anschein zu erwecken, als handelte es sich um etwas ganz Neues! Durch diese - gelinde ausgedrückt - unehrliche Handlungsweise gelang es, die Tagung gegen die Gewerkevereine scharf zu machen. Es ist bezeichnend für derartige Leute, daß sie solche unehrlichen Mittel anwenden müssen, um den Gewerkeverein etwas anzuhängen. Es ist nun meinerseits sofort dem Herrn Vorsitzenden des Gesamtverbandes Lic. Pfarrer Dr. Weber in diesem auffällenden Sinne Mitteilung gemacht und um weitere Unterstüzung der Angelegenheit gebeten worden. Das letzte Wort ist selbstverständlich in dieser Sache noch nicht gesprochen. Wenn ich mich jedoch veranlaßt sehen sollte, aus diesen Jahren all das Material gegen die christlichen Gewerkschaften zu veröffentlichen, so dürfte jedenfalls wenig erbauliches für diese Gewerkschaftsrichtung dabei ans Tageslicht kommen. Bei den Gewerkegerichtswahlen 1908 und 1910 traten die evangelischen Arbeitervereine von Weidrich, Ruhort sowie Duisburg mit den Hirsch-Dunderschen Gewerkevereinen gemeinsam erfolgreich in den Wahlkampf. Nichts hat bis dato dieses Bündnis geführt, im Gegenteil noch insofern eine Erweiterung erfahren, indem sich die gesamten evangelischen Arbeitervereine korporativ dem Arbeitersekretariat der Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine in Duisburg angeschlossen haben. Das ganze Beginnen auf der Tagung in Hattlingen läßt deshalb sehr deutlich erkennen, daß gerade dieses erprießliche Zusammenarbeiten zerstört werden soll.

Jeder objektiv Denkende kann aber an diesem Vorgehen wieder erkennen, mit wenig Objektivität und Ehrlichkeit die Hirsch-Dunderschen Gewerkevereine von dieser Seite bekämpft werden.

**A. Gieseler, Bezirksleiter.**

**Elbing.** Die drei Organisationen, von welchen unsere Gewerkevereine hier die größere Mitgliederzahl zählt, beanstaltete eine Versammlung zur Besprechung des noch weiter andauernden Streiks auf der Schichauwerft in Danzig. Auch die Elbinger ist eine Schichauwerft. Die am 27. Juli nach Arbeits-schluss der Werft abgehaltene Versammlung war von etwa 3000 Arbeitern besucht. Die Vertreter der Organisationen gaben eingehende Berichte über den Stand der Bewegung in Danzig. Folgende Entschlie-ßung wurde einstimmig und unter großem Beifall ange-nommen:

„Die am 27. Juli im Saale und Garten des Wer-kebehauses zu Elbing versammelten Arbeiter der Firma Schichau in Elbing erklären:

Wir haben Kenntnis genommen von der Veran-laffung, dem Verlauf und gegenwärtigen Stand der Bewegung, in der seit 18 Wochen die Arbeiter der Schichau-Werft in Danzig befüßt Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen stehen.

Wir erklären, daß diese Bewegung im höchsten Maße gerechtfertigt war und ist, und daß die eingereich-ten Forderungen das Mindestmaß dessen enthalten, was der Arbeiter im Interesse der Erhaltung seiner Gesundheit und Arbeitskraft, im Interesse seiner Familie und im Interesse des Staates und der Gesell-schaft unter den heutigen Verhältnissen unbedingt fordern muß.

Die Arbeiter der Schichau-Werft in Danzig stehen uns besonders nahe, weil sie denselben Unternehmen dienen, dem auch wir Elbinger Arbeiter unsere Kräfte widmen.

Wir sprechen den Danziger Arbeitern der Firma Schichau unsere Anerkennung und Bewunderung aus für die Entschlossenheit und Standhaftigkeit, für die Ruhe und Ordnung, mit der sie den Kampf um die ge-rechte Sache geführt haben und führen.

Wir bedauern, daß ihre Bereitwilligkeit, auf dem Wege der Verhandlung den Kampf zu vermeiden und nach seinem Ausbruch zu beenden, seitens der Firma Entgegenkommen nicht gefunden hat.

Wir erkennen an, daß die Danziger Arbeiterschaft der Firma Schichau nicht nur für sich, sondern auch für uns Elbinger Arbeiter kämpft.

Dieselben Forderungen, welche die Danziger Ar-beiter der Firma Schichau eingereicht haben, müssen aus denselben Gründen auch die Elbinger Arbeiter stellen; denn auch für uns ist eine den Verhältnissen entsprechende Aufbesserung der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Regelung der Afford- und Leberzeitarbeit unbedingt erforderlich.

Wir erklären darum, daß unsere Danziger Mit-arbeiter und Arbeitsbrüder unseren warmen Dank und unsere tatkräftige Unterstützung verdienen, und daß wir bereit sind, mit allen gesetzlichen und moralischen Mitteln der gerechten Sache zu dienen.

Wir fordern die Vertreter der Organisationen auf, die im Interesse der Arbeiter liegenden Maßnahmen zu beraten und einer neu einzuberufenden Versamm-lung der Arbeiter der Firma Schichau in Elbing die Be-schlüsse der Organisationsvertreter zu unterbreiten.

Wir erklären hiermit, daß wir die Verrichtung von Streifarbeit unter allen Umständen verweigern.

Wir fordern alle noch nicht organisierten Kollegen auf, unverzüglich sich der Organisation anzuschließen, um im Verein mit den Danziger Kollegen für die ge-meinsame Sache mit Nachdruck einzutreten.

**Magdeburg.** Der Verein der Magistrats-arbeiter hat sich unserem Gewerkeverein der Gemein-darbeiter angeschlossen. Der junge Gewerkeverein kommt gut vorwärts. Es wäre nur zu wünschen, daß in allen mittleren und größeren Orten, wo die Gemein-den Arbeiter in eigenen Betrieben be-schäftigt, unsere Ortsverbände und Ortsvereine der anderen Berufe sich bemühen, neue Ortsvereine für den Gewerkeverein der Gemein-darbeiter zu begründen. Der Hauptkassierer H. Klauß, Berlin S. 59, Kott-buserdamm 41, ist gewiß gern bereit, Material zu ver-fenden.

**Verbands-Zeit.**

**Versammlungen.**

**Berlin.** Distriktsklub der Deutschen Gewer-kevereine (S. D.). Verbandsbaus der Deutschen Gewer-kevereine, Greifswalderstr. 221/23. Am Sonntag, 30. Juli findet ein Ausflug mit Damen statt. Abfahrt morgens 8<sup>30</sup> Uhr vom Bahnhof G e s u n d b r u n n e n (Bahnhof D) nach H o h e n - R u e n d o r f. Rückfuhr treffen uns von 12 Uhr mittags im Rest. Brinje, Birkenwerder. — **Gewerkevereins-Liebertafel (S. D.).** Jeden Don-nerstag abds. 9-11 Uhr, Liedungsstunde i. Verbandsbaus, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will. — **Rebignalverband für die Mitglieder der deutschen Gewerkevereine (Hirsch-Dunder)** und deren Ange-

hörige in Berlin und dessen Vororten. Sonntag, 13. August 1911, vormittags 10 Uhr General-Versammlung im Verbandsbaus, Greifswalderstr. 222. Tages-Ordnung: 1. Kasfen- und Revisionsbericht, I. und II. Quartal 1911. 2. Von der Versammlung angeordnete Statutenänderung. 3. Kenntnisnahme von dem Beschlusse des Vorstandes, Anschluß der Mitglieder des Vereins der deutschen Kaufleute aus dem Rebignalverband betreffend. 4. Antrag Schloßauer. 15 Geschäftliches. — **Der deutsche Kaufmännische Verband** hält am 4. August, abds. 9 Uhr in den Sophienhöfen, Sophien-straße 18 eine Versammlung ab, in welcher G o t t - h a r d F r a n k e über: „Arbeiterorganisationen und Handlungsgehilfen-Bewegung“ sprechen wird.

**Orts- und Rebignalverbände.**

**Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Don-nerstag im Monat bei Hanstein, Sandowenerstr. 42. — **Dörfelberg (Rebignalverband).** Jeden Montag, abds. von 9-11 Uhr i. Verbandsbaus, Ruffenstr. 29, Sitzung. — **Eberfeld - Wahren (Ortsverband).** Jeden 1. Mittwoch im Monat, abends 8<sup>30</sup> Uhr, Vertretertagung bei Roggen-kämpfer, Eberfeld, Eulenstein- und Erdolungstr.-Gde. — **Gelsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverband- u. Vertretertagung, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Wahren.** Jeden 3. Sonntabend im Monat, abends 8<sup>30</sup> Uhr, Distriktsabend bei Eubewig. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsabend find. jed. leg. Son-abend i. Monat i. Passage-Rest., Str. Braubaustr., stat. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8<sup>30</sup> Uhr präz. in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktsabend. — **Iserlohn (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8<sup>30</sup> Uhr bei Jander, Döhrstr. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Liedungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Be-einslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herz. willkommen. — **Leititz (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Liedungs-stunden finden jed. Dienstag abds. 8<sup>30</sup> Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind herz. willk. — **Lezel (Distriktsklub für Lezel, Bergschwalde und Reinickendorf).** Sitzung jeden Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Berlinstr. 38. Gäste willkommen. — **Lohr (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Orts-vereinsversammlung bei Nicole, Kreuzstr. 62. — **Mechernünde u. Muggesand (Ortsverband).** 6. August, nachm. 2 Uhr Vertretertag. in Berlin. 4 Uhr öffentl. Ver-sammlung. — **Meißenfeld a. S. (Sejungsabteilung der Gewer-kevereine).** Liedungsstunde jed. Dienstag, abends 8<sup>30</sup> bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstr. 6. Besondere Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Meißenfeld (Distriktsklub der Gewerkevereine)** Jeden Mittwoch 4-11 Uhr Sitzung im Rest. „Schweizerhaus“.

**Veränderungen bzw. Ergänzungen aus Abreisen verzeichnet.**

**Kreuzdorf-Eiban i. Sa. (Ortsv., neu).** Erwin Frey, Vorsitzender, Eiban, Eibauerstraße 175. Gustav Henschel, Schriftführer, Ebersbach, Ebersbacherstr. 1089. Bruno Müller, Kassierer, Eiban t. Sa. Münggut 628. **Mühlheim-Nahe (Ortsv.).** Paul Zimmermann, Schriftführer, Dohne 18. **München-Gladbach - Weyde (Ortsverband).** Wilhelm Kuhnlen, Schriftführer, Kroydt, Huchstr. 9 a. Joh. Ring, Kassierer, M.-Gladbach, Pringsstr. 66. **Worms (Ortsverb.).** Georg Seng, Kassierer, Obermarkt 14. **Wredlinburg (Ortsv. d. Gärtner).** Wilhelm Ha-nebutt, Vorsitzender, Ballstr. 41.

**Anzeigen-Zeit.**

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Gewerkeverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter.**

Saut Generalratsbeschluss vom 12. Juni d. J. findet eine Außerordentliche General-Versammlung (Delegiertentag) am Montag, 11. September, von morgens 9 Uhr ab und folgende Tage in Heidelberg statt.

**Tagesordnung:**

1. Hauptversammlung: Montag, 11. September, vor-mittags 9 Uhr: Eröffnung des Delegiertentags durch den Vor-sitzenden, Kollegen Joh. Stephan. — Prüfung der Mandate. — Wahl des Bureau. — Feststellung der endgültigen Tages-ordnung. — Dringlichkeitsanträge.
2. a) Bericht über die Tätigkeit des Gewerkevereins nebst Kasfen-bericht seit dem letzten Delegiertentag vom Generalsekretär und Schatzmeister. b) Bericht der Kassendirektoren über die Kasfenverwaltung des Gewerkevereins.
3. Beratung und Beschlußfassung über die Höhe der Wochenbeiträge und der statutarischen Unterstüßungen des Gewerkevereins sowie für Kranken- und Sterbefälle.
4. Die soziale Lage der Tabakarbeiter, und welche Aufgaben hat der Gewerkeverein seinen Mit-gliedern gegenüber zu erfüllen.
5. Welche Schritte sind zu tun, um eine regere und wirksamere Agitation innerhalb unseres Gewerkevereins herbeizuführen.
6. Abänderungen der Statuten und Anträge des Generalrats wie der Ortsvereine usw.

Heidelberg, 26. Juni 1911.

Für den Generalrat  
Joh. Stephan, Vorsitzender,      Aug. Hoff, Generalsekretär u. Schatzmeister.

**Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkevereins der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (S. D.)**

Saut Beschluss des Hauptvorstandes vom 18. Juni d. Jd. wird hier-burd eine

**Außerordentliche General-Versammlung**

auf Sonntag, den 10. September 1911, vormittags 10 Uhr nach Heidelberg einberufen.

**Tagesordnung:**

1. a) Eröffnung der außerordentlichen General-versammlung durch den Vorsitzenden, Kollegen Joh. Stephan. b) Prüfung der Mandate. c) Wahl des Bureau. d) Feststellung der endgültigen Tagesordnung.
2. a) Stand und Rechenchaftsbericht der Kranken- und Begräbniskasse seit der letzten Generalversammlung vom Hauptkassierer und Hauptchriftführer. b) Bericht der Hauptrevisoren über die Kasfenver-waltung der Hauptkasse.
3. Aufklärung der Hilfskasse Beschlußfassung über die weitere Gestaltung derselben resp. Verschmelzung der Kranken- und Begräbniskasse mit dem Gewerkeverein.
4. Anträge usw.

Für den Hauptvorstand  
Joh. Stephan,      Aug. Hoff, Vorsitzender,      Hauptkassierer u. Hauptchriftführer.

**Kattowig (O.-Schl.).** Durch-reisende Gewerkevereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer, Koll. Georg Schmittler, Goethestr. 11 part. (Mittags 12-1, abends nach 6 Uhr).

**Wosen (Ortsverband)** gewährt durchreisenden, arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstüßung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereins-kassierern und bei Friedrich Ehrlich, Berlinstr. 19.



Für sofort mehrere tüchtige Stellmacher auf Waggonbau gesucht. Zu melden mit Budnummern beim Schriftführer E. Hagen, Werdau i. Sa. Feinrichtstr. 5.

**Worms (Ortsverb.).** Durch-reisende, arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgefchenk von 75 Pfg. im Verbandslokal „Zum Rheinthal“ (Rheinstr. 4).

**Wülheim a. d. Ruhr (Orts-verband).** Verpöngungsarten für Zuckereisen bei Heinrich Woll, Zuckerrf. 1.

**Wülheimfeld a. S. (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Unterstüßungsarten beim Kollegen R. Boas, Luthstr. 7.

